

# **Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat**

Frauenfeld, 25. Oktober 2022  
606

GRG Nr.	20	EA 142	367
---------	----	--------	-----

**Einfache Anfrage von Peter Dransfeld vom 31. August 2022 „Stommangellage:  
Einschätzung und aktuelle Massnahmen,,**

## **Beantwortung**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Chefin des Kantonalen Führungstabs (KFS) hat in Absprache mit dem Chef des Departements für Inneres und Volkswirtschaft (DIV) bereits Ende Juni 2022 einen Teilstab „Energieversorgung 2022/2023“ eingesetzt. Dies mit der primären Zielsetzung, dass der Kanton Thurgau auf eine mögliche Energiemangellage vorbereitet ist.

### **Frage 1**

Mit RRB Nr. 556 vom 20. September 2022 hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen zur Verbrauchsenkung von Strom und Gas getroffen und diese am 21. September 2022 in einer Medienmitteilung kommuniziert. Ziel ist es, den Verbrauch von Strom und Gas in den Gebäuden der Kantonalen Verwaltung Thurgau (KVTG) um jeweils 15 % zu senken. Im Wesentlichen handelt es sich um folgende Massnahmen:

- Raumtemperatur in sämtlichen Räumlichkeiten um 3 °C reduzieren
- Warmwasserverbrauch auf ein Minimum reduzieren
- Reduktion der Strassenbeleuchtung auf Kantonsstrassen
- Repräsentativbeleuchtungen (Aussenbeleuchtung Gebäude, Weihnachtsbeleuchtung etc.) ausschalten
- Reduktion auf einen Lift pro Gebäude
- Sensibilisierung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffend Stromverbrauch am Arbeitsplatz und Liftbenutzung
- Anzahl Drucker reduzieren
- Verbot von privaten Kleingeräten am Arbeitsplatz

- Temperaturabsenkung in der Nacht und am Wochenende sowie in den Schulhäusern während der Ferien optimieren
- Automatische Lüftungsanlagen optimieren
- Schliessen von Fenstern und Rollläden in der Nacht
- Reduzieren der Beleuchtung in Gängen und Korridoren von Dienstgebäuden
- Beschleunigung des Leuchtenersatzes durch moderne LED-Leuchtmittel

Der Regierungsrat hat zudem beschlossen, der vom Bund initiierten Energiespar-Alliance beizutreten.

## Frage 2

Der Regierungsrat hat auch den Politischen Gemeinden und den Schulgemeinden empfohlen, Massnahmen zum Energiesparen zu treffen. Sodann ist er überzeugt, dass die oben erwähnten Massnahmen neben einer Senkung des Energieverbrauchs auch eine Vorbildwirkung für die Thurgauer Bevölkerung und die Unternehmen haben. Zudem begrüßt der Regierungsrat die laufende Kommunikationskampagne des Bundes.

Im Weiteren bereitet die Abteilung Energie zurzeit eine Energiesparbroschüre vor, die voraussichtlich im November 2022 an sämtliche Haushalte im Kanton zugestellt und auf den elektronischen Kommunikationskanälen verbreitet werden soll.

## Frage 3

Die Kantone sind im Steuerungsausschuss des Krisenstabs Energiemangellage des Bundesrates vertreten. Am 30. September 2022 hat der Bundesrat entschieden, diesen Krisenstab um einen Single Point of Contact (SPOC) als Kontaktstelle für die Kantone zu ergänzen. Gebildet wird der SPOC von André Duvillard, dem ehemaligen Delegierten des Sicherheitsverbundes Schweiz. Damit ist der Bundesrat einer Forderung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) nachgekommen, welche die kantonalen Interessen auf Bundesebene vertritt. Auch sind verschiedene kantonale Regierungskonferenzen auf der strategischen Ebene der Krisenorganisation eingebunden. Der Regierungsrat ist im Rahmen der erwähnten Konferenzen im Austausch mit den übrigen Kantonen. Zudem stimmt sich der Regierungsrat via Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) eng mit den benachbarten Kantonen ab.

Auf der operativen Ebene ist der Stabschef des KFS namentlich beim Bund als Verbindungsgruppe zu dessen Stabsorganisation gemeldet. Der Teilstab Energieversorgung 2022/2023 sucht zusätzlich den Kontakt zu den Führungsorganisationen der Nachbarkantone, um Massnahmen interkantonal abzustimmen.

## Frage 4

Im Teilstab Energieversorgung 2022/2023 sind nebst zahlreichen kantonalen Stellen das EKT, die Industrie- und Handelskammer Thurgau (IHK Thurgau), der Thurgauer

Gewerbeverband (TGV), der Verband Thurgauer Landwirtschaft (VTL), der Verband Thurgauer Gemeinden (VTG) sowie die Stadtwerke und Erdgasnetzbetreiber Thurplus (Frauenfeld) und Energie Kreuzlingen eingebunden. Der Teilstab bietet damit eine Zusammenarbeitsplattform, die eine direkte und regelmässige Absprache zwischen der KVTG, den Gemeinden, den Energielieferanten und der Wirtschaft ermöglicht.

Der Austausch mit der Axpo Holding AG (Axpo) findet im Wesentlichen mit den Vertretern der EKT Holding AG statt, die eine Minderheitsbeteiligung von 12.25 Prozent an der Axpo hält.

Im Bereich der Wirtschaftlichen Landesversorgung ist der Kanton an das Landesversorgungsgesetz (LVG; SR 531) gebunden, das den Kantonen primär im Bereich Vollzug Kompetenzen einräumt. Der Bund wird gestützt auf das LVG verschiedene Verordnungen mit Massnahmen erlassen, um der drohenden Mangellage entgegenzutreten. Die Verordnungsentwürfe im Bereich Gas wurden Ende August in Konsultation gegeben, diejenigen im Bereich Strom werden in den nächsten Tagen erwartet.

## Frage 5

Werden Entscheide gefällt oder Massnahmen ergriffen, werden diese umgehend auf dem ordentlichen Weg kommuniziert oder den zuständigen Entscheidungsträgern zur Genehmigung vorgelegt.

## Frage 6

Eine regelmässige Kurzinformation des Grossen Rates ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Wie in der Beantwortung der Frage 4 dargelegt, findet im Rahmen des Teilstabs Energieversorgung 2022/2023 ein regelmässiger Austausch zwischen der KVTG, den Gemeinden, der Energiebranche und der Wirtschaft statt. Deshalb hält es der Regierungsrat momentan nicht für angezeigt, zusätzlich eine Spezialkommission zu bilden.

## Frage 7

Seitens Kanton sind zurzeit keine Härtefallprogramme im Zusammenhang mit hohen Energiepreisen angedacht. Der Regierungsrat hat sich hierzu bereits in der Beantwortung vom 23. August 2022 der Einfachen Anfrage „Geht dem Thurgau bereits im Herbst die Energie aus?“ (GR 20/EA 135/352) und in der Beantwortung vom 4. Oktober 2022 der Einfachen Anfrage „Wer bekommt im Thurgau bei der drohenden Energiekrise noch Energie“ (GR 20/EA 140/363) geäussert, weshalb auf diese verwiesen wird.



Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber